



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Geldsammlungen für den Hamburger Ausstand

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Verwaltung, im Heere das nicht begreifen wollen, dann fort mit ihnen, so bald wie möglich. Der Schade, den sie anrichten, ist heute unermesslich. Aber schon im Entstehen werden heute die sozialen Reformen dadurch verdorben, daß die Reformer selbst, noch immer auf dem ungesunden Boden der Manchester Schule fußend, überall dem Eigennutz der Einzelnen den tiefsten Bückling machen, und in ihren Wirkungen für die soziale Wohlfahrt bleiben sie machtlos, weil die Pflicht des Einzelnen sie nicht ergänzt, belebt, befruchtet.



Die Geldsammlungen für den Hamburger Ausstand



u welch verhängnisvollen, Recht und Billigkeit auf den Kopf stellenden Thorheiten sich sonst gewissenhafte, gerecht und wohlwollend denkende deutsche Theoretiker verleiten lassen, zeigt wieder einmal schlagend der unglückselige Aufruf der Herren Baumgarten, v. Egiby, Herkner und Genossen zu Geldsammlungen für die Streikenden in Hamburg. Mit dem größten Nachdruck ist im Interesse des wirtschaftlichen Gedeihens, des Fortgangs der sozialen Reformen und insbesondere der befriedigenden Gestaltung der Arbeiterverhältnisse gegen dieses Vorgehen Verwahrung einzulegen.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß für die Berechtigung dieses Ausstandes bisher auch nicht der Schein eines Beweises beigebracht worden ist, daß vielmehr die dafür in der Öffentlichkeit vorgegebenen Gründe klar erkennen lassen, daß die in den Arbeitsverhältnissen des Hamburger Hafens unzweifelhaft vorhandenen und schon lange beklagten Mißstände die Arbeiter zu einer so rücksichtslos schroffen Erklärung des Ausstandes nicht bestimmt hätten. Was seitdem in den spaltenlangen täglichen Besprechungen von der sozialdemokratischen und national-sozialen Presse darüber gesagt worden ist, hat in keinem Punkte den Beweis ergänzt, und wenn man vor drei Wochen von der Wahrscheinlichkeit sprechen konnte, daß der Ausstand an sich, trotz aller Ablehnung, eine frivole Maché sozialdemokratischer Einflüsse sei, so ist heute diese Wahrscheinlichkeit zur Gewißheit geworden. Bezeichnenderweise haben die Urheber des Aufrufs — als welche wir keineswegs die Gesamtheit der Unterzeichner anzusehen vermögen — auch nicht einmal versucht, den Ausstand als gerechtfertigt zu erweisen. Daß der Ausstand unternommen worden ist, weil Forderungen der Arbeiter nicht ohne weiteres bewilligt worden waren, und

daß die Fortsetzung des Ausstandes die Arbeiter benachteiligt, genügt den Urhebern des Aufrufs, im Namen der Gerechtigkeit und Billigkeit Geldspenden zu verlangen, die den Ausständigen die selbst verschuldeten Nachteile vergüten sollen, bis sie ihre Forderungen vor Wiederaufnahme der Arbeit durchgesetzt haben. Schon durch dieses prüfungslose Parteiergreifen kennzeichnet sich das Vorgehen als leichtfertig, mit wissenschaftlicher und politischer Ernsthaftigkeit unverträglich.

Die Urheber des Aufrufs haben wohl auch gefühlt, daß es nötig sei, über diesen schweren Fehler hinwegzutäuschen. Zu diesem Zweck haben sie versucht, die wirkliche praktische Streitfrage dadurch der Beurteilung zu entziehen, daß sie, ganz nach sozialdemokratischem Muster, angeblich damit zusammenhängende Prinzipienfragen in den Vordergrund schieben, unklare, zweideutige, ganz beweislos gelassene akademische Thesen, die als Rechtfertigung des zweischneidigen praktischen Zwecks des Aufrufs erst recht die unverantwortliche Frivolität des Unternehmens in grelles Licht setzen. Zunächst wird behauptet, der Kampf habe sich schon seit längerem zu der Frage zugespitzt, „ob derartige Streitigkeiten bis zur Niederwerfung des einen Teils durchgekämpft, oder ob sie durch schiedsrichterliche und einigungsamtliche Tätigkeit beendet werden sollen,“ dann weiter: „ein derartiger Sieg des Unterwerfungsprinzips würde eine dauerliche Verschärfung für alle in Zukunft auftauchenden Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bedeuten,“ und schließlich versteigt man sich zu folgender klassischen Leistung, die, wenn sie keine Heuchelei ist, von der naivsten Selbsttäuschung eingegeben ist: „Wir greifen nicht in den Kampf, um den Streikenden zu einem Triumphe zu verhelfen, wir wollen nur erwirken, daß die jetzt stattfindenden Verhandlungen, wie auf der einen, so auf der andern Seite ohne den Druck drohender Not geführt werden. Nicht also von irgend einem Parteistandpunkte aus, ganz gewiß nicht in einer Regung der Verbitterung gegen die Arbeitgeber, lediglich in dem Drange nach einem endlichen Inkrafttreten anderer Anschauungen über Recht und Billigkeit.“

Fürwahr, „andre“ Anschauungen über Recht und Billigkeit, als die in unsrer ganzen nationalen Kultur und im deutschen Volksgewissen begründeten sind es, die diesen Aufruf möglich gemacht haben, „andre“ Anschauungen, solche, die alles, was bis heute für recht und billig gilt, auf den Kopf stellen wollen! Ist es denn wirklich möglich, und ist es noch weiter erträglich, daß sich Leute, die sich auch nicht mit einem Gedanken bemühen, das Recht der Arbeitgeber zu würdigen, Leute, die in schroffster Einseitigkeit grundsätzlich und von vornherein Partei nehmen für die ausständigen Arbeiter, zum Richter aufwerfen wollen, nicht etwa nur über den Hamburger Ausstand, nein über das, was das deutsche Volk als Recht und Billigkeit hoch und heilig hält? Doch das ist eben die bis zur Krankheit gesteigerte Anmaßung, die alles als „neu“ und „anders“ entdeckt zu haben vermeint, und die man jugendlichen

Dichtern und Malern vielleicht verzeihen, aber niemals Männern nachsehen darf, die in wirtschaftlichen, politischen und sittlichen Fragen der Masse gegenüber Einfluß beanspruchen.

Die praktische Wirkung dieser neuen moralischen und materiellen Unterstützung des Ausstands liegt so klar auf der Hand, daß jedes weitere Wort darüber eigentlich unnötig ist: die Ausständigen verharren länger in ihrer von Anfang an, auch nach ihrer Freunde Erklärung, falschen Stellung; die Notlage und die Erbitterung wächst bei ihnen, wie bei den Gegnern; die öffentliche Katastrophe wird bis zur Unerträglichkeit gesteigert, bis — nun, bis eine Partei „triumphirt,“ die andre „niedergeworfen“ ist. Ob die furchtbar geschädigten Interessen des Hamburger, vielleicht des ganzen deutschen Handels — denn um die Stauer handelt es sich nicht allein — die Arbeitgeber niederzuwerfen vermögen werden, das wissen wir nicht, ebensowenig, ob die Urheber des Aufrufs die Mittel aufbringen wollen, die Ausständigen so lange zu unterhalten, bis die Arbeitsplätze vollständig mit neuen, wenn auch zunächst ungeübten und kostspieligern Arbeitern besetzt sein werden. Sie könnten dann vielleicht bald das Kapital zu Leibrenten für die Ausständigen beschaffen. Oder halten es die Herren in der That den „andern Anschauungen über Recht und Billigkeit“ für entsprechend, daß es den vielen Hunderttausenden deutscher Arbeiter, die Kraft und Geschick genug haben, die früher von den Ausständigen verrichtete Arbeit zu erlernen, und herzlich froh sein würden, für den Tagelohn von mindestens 4 Mark 20 Pfennigen zu arbeiten, einfach ausgeschlossen werden sollen von dieser Gelegenheit, ihre Lage zu verbessern? Halten es die Herren für menschenmöglich, daß die Arbeitgeber diesen „Streifbrechern,“ wie man sie zu schimpfen pflegt, den Laufpaß geben, um nur ja die alten geschulten Arbeiter wieder zu gewinnen, obgleich deren Stimmführer nur das eine an dem Ausstande bedauern, daß er nicht zu einer Zeit unternommen worden ist, wo er Handel und Wandel in eine noch unerträglichere Notlage versetzt hätte? Wie es auch kommen mag, der praktische Schade, den diese unberufne Einmischung herbeiführen muß, ist klar ersichtlich, da ist keine Entschuldigung zu finden. Es bleibt die reine, nackte Thorheit. Und die „Idee, die hier zum Austrag gebracht werden soll,“ wie der Aufruf sagt, sie ist thatsächlich nichts andres als das offene Anerkenntnis der bisher mit so viel sophistischen Scheingründen abgeleugneten Wahrheit, daß nicht die Lohnfrage und die Frage der Arbeitszeit der Streitpunkt ist, sondern das reine, unverfälschte „Unterwerfungsprinzip,“ natürlich mit vertauschten Rollen.

Ganz vortrefflich stellt folgende, einer, wenn wir nicht irren, katholischen Zeitung, der Neuen Westfälischen Volkszeitung, entnommene Betrachtung, die von der Zeit in anerkannter Selbstkritik mitgeteilt wird, die Sachlage dar: „Wir müssen das Ansinnen (des Aufrufs an alle Zeitungen Deutschlands) rund ablehnen. Die Arbeiter sind bereits unterlegen, die Hamburger Reeder werden

ohne sie fertig, und je länger der Streik währt, um so mehr verringert sich die Aussicht der Streikenden, von den Reedern wieder angenommen zu werden. Auf das Ansuchen obiger Herren einzugehen, wäre nur möglich, wenn sie die Garantie dafür übernehmen könnten, daß die gesammelten Gelder nicht ganz einfach zur Fortsetzung des Streiks verwendet werden. Das können sie aber gar nicht, denn die sozialdemokratischen Führer werden schon dafür sorgen, daß der Kampf fortgesetzt wird, so lange das Pulver vorhält. Das liegt nun einmal »im Interesse des Klassenkampfes.« Wer etwas für die Arbeiter thun will, der suche durch Vermittlung zuverlässiger Personen das Elend in den Familien zu lindern. In dieser Richtung wird es auch noch viel Gelegenheit zur Bethätigung christlicher Nächstenliebe nach Beendigung des Streiks geben. Aber man hüte sich doch ja durch Unterstützung des Streiks dies Elend noch größer zu machen.“

Doch wir sind nicht so naiv, zu glauben, daß auch die schönsten, treffendsten Ausführungen einen der Unterzeichner des Aufrufs bekehren könnten, einen der Theoretiker, die den „andern“ Anschauungen über Recht und Billigkeit huldigen, der Wirkung des Aufrufs entziehen könnte. Auf was der deutsche Professor einmal hineingefallen ist, dafür läßt er sich tot schlagen, und wenn es das dümmste wäre. Der Aufruf und seine verhängnisvolle Wirkung ist als gegebne Thatfache hinzunehmen.

Aber wie ist in der Sache zu helfen? Daß es so nicht weiter geht, das muß doch jetzt auch der Blinde und vollends die Reichsregierung sehen. Zunächst ist der dringenden Gefahr vorzubeugen, die aus dem neu gekräftigten Ansturm der plumpen Reaktion dem Gemeinwohl droht. Wir können da nur die oft ausgesprochne Mahnung wiederholen, daß das gebildete Deutschland sich einmütig aufraffe zur bündigen Absage an die Sozialdemokratie und ihre Bundesgenossen, andererseits geschlossen und hilfsbereit den verbündeten Regierungen den ihnen leider fehlenden Halt gebe gegen die vereinigten Heerhaufen des Rückschritts.

Vor allem aber ist es nun endlich Zeit, daß sich die verbündeten Regierungen aus dem unbegreiflichen Nichtsthun in der Ausstandsfrage aufraffen. Einen schweren Vorwurf wird ihnen die Geschichte vielleicht schon aus dem bisherigen Verlauf des Hamburger Ausstands machen. Noch heute sind wir ohne jede amtliche Feststellung des Thatbestands. Unmöglich können die verbündeten Regierungen jetzt noch der Ansicht huldigen, daß die Staatsgewalt in solchen Fällen den müßigen Zuschauer spielen dürfe. Die Schädigung des Hamburger Handels, der Hamburger Arbeitgeber und Arbeiter ist das wenigste. Auch der große materielle Schade für das nationale Wirtschaftsleben als unmittelbare Folge dieses Ausstands ist von untergeordneter Bedeutung. Es handelt sich vor allem um die tiefgehende, dauernde Verwirrung der Anschauungen von Recht und Billigkeit im Volke, die solche Trauerspiele größten

Maßstabes hervorrufen, und praktisch namentlich um die Gefahr einer neu beginnenden, unser Wirtschaftsleben für die Zukunft lähmenden, ja vernichtenden Ausstandsperiode. Wir glauben angesichts dieser ernststen Lage nicht, daß der deutsche Kaiser den Kanzler und Minister, der diesen Hamburger Ausstand erlebt hat und nicht alles aufbietet, ähnlichen Katastrophen vorzubeugen und, wenn sie ausbrechen, sie zu unterdrücken, als seinen Helfer dulden werde. Als ersten Schritt zur Hilfe haben nicht wir allein ein vollmachtreiches deutsches Arbeitsamt verlangt, das die dauernde Erforschung und Bewachung der Arbeitsverhältnisse zu leisten vermag und in vorkommenden Ausstandsfällen von Amts wegen unverzüglich den Thatbestand feststellt, die Frage nach der Berechtigung aufklärt und durch gesetzlich ihm zur Verfügung zu stellende Machtmittel unter gesetzlich festzusetzenden Formen und Bedingungen dem Rechte Schutz, dem Unrecht Einhalt schafft. Der Staat, der dafür nicht sorgt, wird über kurz und lang zum Gespött im Lande und zum Gespött unter den Völkern werden.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Brennende Fragen. Nicht jede Frage des öffentlichen Lebens brennt jeden. Den Grafen Limburg-Stürum hat die Frage gebrannt, wie wohl in unsrer Regierung die wünschenswerte Einheit herzustellen und die preußische Tradition vor der Durchbrechung durch Leute wie den Freiherrn von Marschall zu sichern wäre. Der Reichskanzler hat den Brand mit der Erklärung gelöscht, daß das Staatsministerium stets vollkommen einig und die Handlungsweise des angefeindeten Staatssekretärs ganz korrekt gewesen sei, und er hat außerdem durch die Versicherung, daß es das Staatsministerium in etwaigen zukünftigen Fällen ebenso machen werde wie im Falle Tausch, den hitzigen Eifer gewisser guter Patrioten abgekühlt, die, um das Vaterland zu retten, Minister auf unparlamentarischen Wegen stürzen möchten. Den Finanztechnikern, wie Miquel und Richter, macht die Frage viel zu schaffen, in welches Verhältnis das Steuerwesen des Reichs zu dem der Einzelstaaten zu setzen sei. Den durchschnittlichen Steuerzahler beunruhigt nur die Furcht vor Steuererhöhungen; ob sein Geld durch die Kanäle des Reichs oder durch die seines engern Vaterlands in den Verwaltungskörper oder in die Armee fließt, das interessiert ihn wenig. Dem Herrn Handelsminister brennt die Frage auf die Finger, ob die freie Vereinigung der Getreidehändler eine Börse sei. Vielleicht, wenn er sich recht Zeit nimmt, erlischt der Brand von selbst. Die Bauern sind von den Maßregeln, die man zu ihrer „Rettung“ ergriffen hat, nicht sonderlich befriedigt. Die Proviant-